

**Bellmann hält an
Position zum Islam fest**

BERLIN. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann hat ihre Aussagen zur Unvereinbarkeit zwischen Islam und einer Mitgliedschaft in der CDU verteidigt. Sie sehe keinen Grund, sich dafür zu entschuldigen oder gar persönliche Konsequenzen zu ziehen. Zuvor hatte Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Karin Prien (CDU) Bellmann aufgefordert, sich bei der Hamburger CDU-Politikerin Aygül Özkan „und bei allen Muslimen, die sich in der Union engagieren“, zu entschuldigen. Andernfalls solle sie ihr Bundestagsmandat niederlegen. Auch die CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer äußerte Unverständnis. „Das ist nicht meine Meinung, und ich teile sie nicht“, sagte sie. Auf die Frage, ob Muslimen zur CDU passen würden, antwortete sie: „Eindeutig ja!“ Hintergrund der Debatte ist die mögliche Spitzenkandidatur der Moslemin Özkan (CDU) für die Hamburger Bürgerschaftswahl 2020. Die CDU-Politikerin Bellmann hatte gegenüber der JUNGEN FREIHEIT erläutert, sie halte den islamischen Glauben mit einer Mitgliedschaft in der CDU nicht für vereinbar. Das gelte auch für säkulare, nicht-praktizierende Moslems. „Heute geben sie sich säkular und morgen doch wieder streng gläubig“, sagte sie. Dazu hatte die sächsische Parlamentarierin in einem Gastbeitrag für das evangelische Magazin *idea* geschrieben: „Wie geht es zusammen, gläubiger Muslim und Mitglied einer Partei zu sein, deren Grundlage das christliche Menschenbild ist? Gilt nicht für Muslime der Islam als einzig wahre Religion?“ (krk/tb)

**Clan-Streitigkeiten:
Situation ist bedrohlich**

BERLIN. Nach dem Mord an einem polizeibekanntem Intensivstrafäter in Berlin-Neukölln befürchten die Sicherheitsbehörden eine weitere Eskalation im Clan-Milieu. Die Situation sei bedrohlich, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Berlin der JUNGEN FREIHEIT. Eine ähnliche Häufung von Auseinandersetzungen habe es vor einigen Jahren auch im Rockermilieu gegeben. Andererseits biete die Entwicklung genügend Chancen für neue Ermittlungsansätze. Tatverdächtige gebe es im konkreten Mordfall noch nicht, ergänzte der Sprecher. Nach den bisherigen Ermittlungen war der 36 Jahre alte Nidal R. am vergangenen Sonntag mit acht Schüssen in Berlin-Neukölln niedergestreckt worden. Anschließend seien mehrere Personen vom Tatort geflüchtet. Nidal R., ein Palästinenser ohne Staatsangehörigkeit, hatte erst vor wenigen Monaten eine Haftstrafe abgesessen und sich laut *Bild*-Zeitung mit der arabischen Großfamilie Abou-Chaker verbindet. Nach Informationen der *Berliner Kuriers* galt Nidal R. aufgrund von Streitigkeiten im Milieu als massiv gefährdet. Erst eine Woche zuvor waren zwei Mitglieder aus dem Umfeld einer Großfamilie in Berlin-Neukölln aus einem Auto heraus angeschossen worden. (ha)



Der „Bus der Meinungsfreiheit“ hält am Potsdamer Platz in Berlin: „Mit Leuten ins Gespräch kommen“

Schamverletzend

Frühsexualisierung: Die Initiative „Demo für alle“ warnt vor Indoktrination an Schulen

SANDRO SERAFIN

Zu übersehen ist er nicht. Knallorange leuchtet der „Bus der Meinungsfreiheit“, an dessen Karosserie mit großen Lettern der Hinweis „Schützt unsere Kinder“ angebracht ist, vor dem Bahnhof am Potsdamer Platz in Berlin. Vornehmlich junge Aktivistinnen verteilen auf dem historischen Areal eifrig Flugblätter gegen die „Frühsexualisierung an deutschen Schulen“. Einige Passanten laufen verwundert vorbei, andere zeigen Interesse, man kommt ins Gespräch.

Am vergangenen Samstag startete der auffällige, als „mobiles Plakat“ gedachte Bus zu einer erneuten Deutschlandtour in Regensburg. Bereits im vergangenen Jahr waren die Initiatoren der „Demo für alle“ und der Kampagnenplattform „CitizenGo“ quer durch Deutschland gereist, um auf die Gefahren der Frühsexualisierung von Kindern aufmerksam zu machen und beim Bundeskanzleramt eine Petition mit rund 220.000 Unterschriften gegen die „Ehe für alle“ einzureichen. Neben den weiteren Haltestellen Dresden, Berlin, Fulda, Köln und Wiesbaden will sich die Gruppe am Freitag auch am Stuttgarter Marktplatz einfinden, um am Samstag die Tour in der bayerischen Landeshauptstadt München zu beschließen.

Im Zentrum der diesjährigen Kampagne: die „schamverletzende und übergriffige Sexualpädagogik der Vielfalt“, wie es in einer Petition an den Präsidenten der Kultusministerkonferenz heißt. „Diese vom Ansatz her unwissenschaftliche Pädagogik ist im Grundprinzip heute in allen Bundesländern im Lehrplan vorhanden“, beklagt die Initiatorin und Organisatorin der seit 2014 aktiven „Demo für alle“, Hedwig Jungfrau von Beverfoerde, gegenüber der JUNGEN FREIHEIT. „Und sie ist auch pädophil kompromittiert“, verweist die dreifache Mutter auf den Sexualpädagogen Helmut Kentler.

Der trat seit Ende der 60er Jahre für eine „neoemanzipierende Sexualerzie-

hung“ und die Legalisierung von Sex mit Kindern ein. Die moderne Sexualpädagogik beruht auf den Ideen des inzwischen verstorbenen Kentler und seines Vertrauten Uwe Sielert („Lisa und Jan“). Sielert macht sich für eine „Entnaturalisierung“ von Heterosexualität und Kernfamilie stark. Anfang der 90er Jahre arbeitete er für die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), deren sexualpädagogischen Ansatz er laut der „Gesellschaft für Sexualpädagogik“ (gsp) entscheidend prägte. Laut Vertretern der heutigen Sexualpädagogik haben sich moderne Sexualpädagogen „ausdrücklich von der die Pädastie gutheißen Position Kentlers“ distanziert, wie es etwa von Seiten der gsp heißt, in deren Vorstand auch Sielert sitzt.

**„Die CDU ist
knallhart geblieben“**

Obwohl das Thema derzeit in den Medien nicht vorkommt, sei es „nach wie vor total virulent“, so Beverfoerde. Für die anstehenden Landtagswahlen in Bayern und Hessen wolle man daher mit der Sexualerziehung ein Wahlkampfthema setzen. „Wir verfolgen aber keine parteipolitische Zielsetzung“, betont die 55jährige. „Wir freuen uns über jede Partei, die unser Anliegen aufnimmt.“

In Hessen hatte die schwarz-grüne Landesregierung unter Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) 2016 einen neuen „Lehrplan Sexualerziehung“ in Kraft gesetzt. Als Ziel schulischer Sexualerziehung steht seitdem unter anderem die „Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intersexuellen Menschen (LSBT)“ im Lehrplan. Für die Altersgruppe der 6- bis 10jährigen ist die Beschäftigung mit „kindlichem Sexualverhalten – ich mag mich, ich mag dich“ verbindlich vorgeschrieben.

Mehrfach demonstrierte die „Demo für alle“ deshalb in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden. „Aber die CDU ist knallhart geblieben“, klagt Ex-CDU-Mitglied Beverfoerde. „Deshalb müssen wir da auch wieder hin.“

Auch im CSU-regierten Bayern waren 2016 neue Richtlinien zur Sexualerziehung auf Widerstand der „Demo für alle“ gestoßen. Nach einem Gespräch mit „Demo für alle“-Vertretern entschärfte der Kultusminister den Entwurf und ersetzte unter anderem den Begriff „Akzeptanz“ durch „Respekt“. Im Landtag sorgte der Vorgang bei Vertretern der linken Parteien für helle Aufregung. „Für unsere Gegner war das das Schlimmste“, sagt Beverfoerde.

In Sachen „Ehe für alle“ konnte die „Demo für alle“ ihr Ziel einer Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht jedoch nicht erreichen. „Wir glauben, daß die CSU-Regierung dies trotz Anklage nicht wirklich vorhatte“, spekuliert Beverfoerde. Die bayerische Landesregierung hatte mit den geringen Erfolgsaussichten im Falle einer Klage argumentiert.

Wie bereits im vergangenen Jahr mobilisierten auch in diesem Jahr linke Bündnisse gegen den „Bus der Meinungsfreiheit“. Sie werfen den Veranstalter „Skandalisierung und Verleumdungen gegen eine LSBTIQ-freundliche Sexualpädagogik“, die „Verbreitung von Unwahrheiten über Sexualerziehung“ sowie eine Nähe zur AfD vor.

„Das hält uns aber überhaupt nicht davon ab, mit dem ‚Bus der Meinungsfreiheit‘ durch Deutschland zu fahren“, gibt sich Beverfoerde selbstbewußt. Es gehe nicht nur um die große Öffentlichkeit und die Politik. „Wir wollen einfach Menschen erreichen und mit ihnen über unser Anliegen ins Gespräch kommen.“ Teilweise, wie etwa beim Stopp in Dresden, gelinge das sogar mit Gegendemonstranten nur kurz etwas zu sehen. Etwa zehn buntgekleidete Personen positionieren sich nach Anknüpfen des Busses in Sichtweite. Ihr einsetzender Protest wird von der Polizei jedoch nach wenigen Sekunden unterbrochen. Eine vorab angemeldete Gegendemonstration sei schließlich abgesagt worden, heißt es kurz und bündig. Die anschließende Kundgebung verläuft ohne Zwischenfälle.

Eine Kleinstadt in Aufruhr

**Köthen: Erneut starb ein junger Mann nach Streit mit
Asylbewerbern / Politiker warnen vor Rechtsextremisten**

BJÖRN HARMS

Die Wogen aus Chemnitz sind noch immer nicht geglättet, da erschüttert bereits der nächste Todesfall eines jungen Deutschen, der zuvor mit Asylbewerbern in Konflikt geraten war, die Bundesrepublik. Tatort der tödlichen Auseinandersetzung am vergangenen Samstag: die anhaltische Kleinstadt Köthen. Genaue Details des Tathergangs sind noch nicht restlos geklärt, doch die aufgeheizte Stimmung der vergangenen Wochen, insbesondere in den neuen Bundesländern, scheint sich weiter zuzuspitzen.

Ersten Erkenntnissen der Polizei zufolge wollte der 22 Jahre alte Markus B. einen Streit zwischen drei Afghanen schlichten. Diese hätten sich auf einem Spielplatz darum gestritten, wer der Vater eines ungeborenen Kindes sei – unter Beisein der schwangeren Deutschen. Doch das Eingreifen des jungen Kötheners wurde ihm offenbar zum Verhängnis.

Es sei zu einer Schlägerei gekommen, in deren Folge die Afghanen Markus B. mehrfach gegen den Kopf getreten hätten. Laut Zeugenaussagen soll B., der einen Herzschriftmacher trug, mehrfach gerufen haben: „Hört auf, ich kriege keine Luft mehr.“ Erst als weitere Bekannte herbeieilten, flüchteten die Afghanen, heißt es im Polizeibericht. Zwei von ihnen seien jedoch wenig später gestellt worden. Gegen einen 18jährigen wird nun wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt, gegen einen 20jährigen Tatverdächtigen wegen Körperverletzung mit Todesfolge. Sie sitzen derzeit in Untersuchungshaft.

Tags darauf teilte die Staatsanwaltschaft mit, Markus B. sei an einem Herzversagen gestorben. Das habe die Obduktion ergeben. Das akute Herzversagen stehe demnach „nicht im direkten kausalen Zusammenhang mit den erlittenen Verletzungen“ durch die Tritte.

**20jähriger Afghane
war ausreisepflichtig**

Noch am selben Abend beteiligten sich rund 2.500 Personen an einem spontanen Trauermarsch für das Opfer. Zu den friedlichen Demonstranten aus Köthen gesellten sich nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden auch rund 400 bis 500 Rechtsextreme aus Sachsen-Anhalt, Thüringen und Niedersachsen, unter ihnen auch Ex-NPD-Mann David Köckert, Kopf des Thüringer Pegida-Ablegers Thügida. In einer Rede warnte er vor einem drohenden „Rassenkrieg gegen das deutsche Volk“ und fragte die Anwesenden: „Wollen wir weiter Schafe sein oder wollen wir zu Wölfen werden und sie zerfetzen?“

Wie die Polizei in Dessau-Roßlau mitteilte, werde der Staatsschutz nun Redebeiträge aus dem Demogeschichten auf strafbare Inhalte prüfen. Es gehe unter anderem um den Vorwurf der Volksverhetzung, sagte eine Sprecherin.

Der Köthener Oberbürgermeister Bernd Hauschild (SPD) hatte zuvor auf Facebook von einer Teilnahme an dem Trauermarsch abgeraten, da ihm „Informationen vorliegen, daß auch gewaltbereite Gruppen von außerhalb Köthens in großer Zahl anreisen werden“. Köthen solle kein zweites Chemnitz werden.

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) forderte im Anschluß an die Demo einen deutschlandweiten Kampf gegen Rechtsextremismus. An den Nummernschildern der Anreisenden zum Trauermarsch für das Opfer habe man erkennen können, daß bundesweit zu der Veranstaltung mobilisiert worden sei, sagte Haseloff vor dem CDU-Präsidium in Berlin. „Demzufolge ist es keine Problematik einer einzelnen Stadt, eines einzelnen Landes. Die gesamte Nation ist jetzt gefordert“, unterstrich der CDU-Politiker.

Am Montag versammelten sich erneut rund 550 Demonstranten zu einem stillen Gedenken. Aufgerufen hatte die AfD, gekommen waren unter anderem der Landtagsabgeordnete André Poggenburg, ebenso sein Fraktionskollege, der Kreisvorsitzende für Anhalt-Bitterfeld, Daniel Roi. Nach einer Schweigeminute und einer kurzen Kundgebung auf dem Köthener Markt zog die Teilnehmer durch die Innenstadt zu dem Spielplatz, auf dem sich der Streit ereignet hatte. Auf einem Spruchband, das vorweg getragen wurde, stand: „Wir trauern um einen Menschen!“

Anschließend legte die AfD Sachsen-Anhalt im Gedenken an Markus B. einen Kranz nieder. In einer kurzen Ansprache verurteilte Roi die derzeitige Medienberichterstattung und zweifelte die bisherige offizielle Darstellung der Behörden zu den Ereignissen von jenem Samstagabend an. Gleichzeitig kritisierte er den fahrlässigen Umgang der Behörden mit den Tatverdächtigen.

Während der 18jährige Afghane zwar polizeibekannt, aber asylberechtigter ist, hätte sein 20jähriger Landsmann längst abgeschoben werden sollen. Einen entsprechenden Antrag habe der Landkreis Anhalt-Bitterfeld bereits am 17. April an die Staatsanwaltschaft gestellt, gab Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) am Montag zu Protokoll. Wegen damals laufender Ermittlungen gegen ihn habe die Staatsanwaltschaft dem Gesuch aber zunächst nicht zugestimmt.

Nach Justizangaben ging es bei den Ermittlungen um eine gefährliche Körperverletzung sowie zwei kleinere Delikte. Ende August habe der Kreis den Antrag auf Abschiebung erneut gestellt, am 6. September habe die Staatsanwaltschaft schließlich zugestimmt. Derart kurzfristig sei eine Abschiebung jedoch nicht möglich gewesen. „Wir hätten ihn am Freitag nicht abschieben können. Das kriegen sie bei aller Liebe auch nicht hin“, rechtfertigte sich Stahlknecht.

■ Kommentar Seite 2

Parteien, Verbände, Personen**„Bürger für Meißen“**

Der ehemalige Direktor der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, **Frank Richter**, hat im ersten Wahlgang zur Oberbürgermeisterwahl in Meißen die meisten Stimmen bekommen. Der parteilose Kandidat der „Bürger für Meißen“ erhielt 36,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. Auf Amtsinhaber **Olaf Raschke** (ebenfalls parteilos), dessen Kandidatur von der CDU unterstützt wird, entfielen 32,5 Prozent. Die Kandidaten von FDP und AfD, **Martin Bahrmann** und **Joachim Keller**, kamen auf 14,9 bzw. 13,7 Prozent. Richter, der in Meißen von SPD, Grünen und Linkspartei unterstützt wird, war im vergangenen Jahr wegen fehlender Diskussionskultur aus der CDU ausgetreten. Der 58jährige war bundesweit bekannt geworden, weil er den Dialog mit Pegida-Anhängern gesucht hatte. www.buerger-meissen.de



Richter

erhielt ohne Gegenkandidat 83 Prozent der Stimmen. www.cdu-niedersachsen.de

GEW Hamburg

Die Hamburger Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat eine strafbewehrte Unterlassungserklärung aufgrund einer falschen Tatsachenbehauptung unterzeichnet. Die Gewerkschaft hatte zuvor behauptet, die AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft würde durch parlamentarische Anfragen das schulische Neutralitätsgebot instrumentalisieren, um eine kritische Auseinandersetzung mit der AfD im Unterricht zu verhindern. Damit habe die GEW „die Nutzung verfassungsmäßig zustehender Oppositions- und Kontrollrechte durch die AfD als Angriff auf die politische Bildung an Schulen“ bewusst diffamiert, kritisierte der Fraktionsvorsitzende **Alexander Wolf**. Dies lasse man sich nicht länger bieten. www.gew-hamburg.de

Mitteilungen für diese Rubrik bitte an: redaktion@jungefreiheit.de

**Ländersache: Nordrhein-Westfalen**

Rheinisches Harmagedon

KARSTEN MARK

Sie alle haben lustige Spitznamen: „Gonzo“ oder „Momo“ nennen sie sich, wenn sie Sympthosanten und Journalisten durch ihre „Dörfer“ führen. Nur daß sie jedesmal Sturmhauben überziehen, wenn eine Kamera auftaucht, will nicht so recht ins Wald-Idyll passen.

Den phantasievollen Namen nach könnten auch ihre Baumhaus-Kolonien glatt einem Kinderbuch entsprungen sein: „Oaktown“, „Gallien“ und „Lorien“ sind aber keine Ferienlager für abenteuerlustige Studenten, sondern hochpolitisierte Widerstandsnester in luftiger Höhe. Mehrere Dutzend Braunkohlegegner, fast alle jünger als 30 und viele von ihnen Frauen, harren zum Teil schon seit Jahren in rund 60 Baumhäusern in den

Wipfeln des Hambacher Forsts, einem Waldstück im rheinischen Braunkohlerevier zwischen Köln und Aachen, aus. Und während sie jahrelang für anheimelnde Reportagen über leicht spinnierte, aber doch irgendwie sympathische, idealistische, junge Leute gut waren, herrscht nun große Unsicherheit darüber, wie viele gewaltbereite Linksextremisten unter ihnen sind. Etwa jeder fünfte, schätzt der Verfassungsschutz, und befürchtet Verstärkung aus den Nachbarländern.

Denn nachdem der Energiekonzern RWE in der vergangenen Woche im Wald aufgeräumt und auch zwei Bäume „zur Sicherung der Fahrwege“ gefällt hatte, riefen die Öko-Aktivistinnen am vergangenen Wochenende bereits den „Tag X“ aus, für sie eine Art Harmagedon im Kampf gegen den Klimawandel. Doch der große Aufstand blieb bislang aus. RWE hat zugesichert, frühestens am 14. Oktober mit der Rodung zu beginnen.

Angriffe auf Polizisten hat es indes bereits gegeben, mit Fäkalien aus der Höhe, aber auch mit Böllern und Steinen. Der Hambacher Forst gilt nun offiziell als „gefährlicher Ort“. „Wer Steine auf Polizisten oder auf andere Menschen schleudert, ist schlicht und einfach ein Verbrecher“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU). Einige der Aktivistinnen wollten „die Bäume retten, sondern unseren Staat abschaffen“.

Der Forst hat seinen Namen vom Nachbarort Hambach, nach dem auch der größte rheinische Braunkohle-Tagebau benannt ist, an dessen etwa 400 Meter tief abfallender Abbruchkante sich noch ein kleiner Rest des einst rund 12.000 Hektar großen Waldgebiets befindet. Von den verbliebenen 200 Hektar will der Betreiber des Tagebaus, der Energiekonzern RWE, vorerst gut die Hälfte roden. Die Schlacht ist eigentlich längst geschlagen. Selbst wenn – wie es Um-

weltverbände, Bürgerinitiativen und die nordrhein-westfälischen Grünen fordern – die Braunkohlebagger sofort gestoppt würden, ließe sich der Rest-Wald wohl nicht mehr retten.

„Wenn die Politik beschließen würde, noch heute aus der Braunkohle auszuweichen, müßten die Tagebaue um einige hundert Meter in alle Richtungen vergrößert werden, um die Böschungen so abzufachen, daß sie in den kommenden Jahrhunderten stabil bleiben“, sagte Andreas Nörthen, ranghöchster Bergbaubeamter in Nordrhein-Westfalen, gegenüber der *Aachener Zeitung*. Die NRW-Grünen ficht das nicht an. Am 7. Oktober möchten sie ihren Kleinen Parteitag im Hambacher Forst veranstalten. Ihr Protest gegen den Tagebau ist um so kurioser, da die Genehmigung für den Kohleabbau unter dem Forst 2016 noch von der rot-grünen Vorgängerregierung stammt.

